

## Zusätzlicher Bus wegen Tempo 30?

Neuhausen will auf der Rosenbergstrasse, wo die Buslinie 7 verkehrt, teilweise Tempo 30 einführen. Auch die Stadt Schaffhausen erwägt Temporeduktionen auf Strecken der Linie 7. Gemäss VBSH könnte eine Umsetzung Mehrkosten von über 600 000 Franken pro Jahr bedeuten.

Saskia Baumgartner

Tempo 30 ist stets ein Politikum. Die Thematik befeuern könnte nun eine Analyse der Verkehrsbetriebe Schaffhausen (VBSH). Würden auf der Rosenberggasse die diskutierten Verkehrsberuhigungen auf Neuhausen und städtischer Seite umgesetzt, könnte das Mehrkosten von über 600 000 Franken jährlich verursachen. Aufgrund der Fahrzeitverlängerung auf der Linie 7 müsste nämlich ein zusätzlicher Bus mit Chauffeur oder Chauffeurin in den Umlauf geschickt werden. Das sagt Stadtrat Daniel Preisig (SVP), Präsident der VBSH-Verwaltungskommission, auf Anfrage.

### Neuhausen will Verkehr beruhigen

Doch von vorne: Die Gemeinde Neuhausen am Rheinfall plant auf einem rund 900 Meter langen Abschnitt der Rosenbergstrasse Tempo 30 sowie einen lärmarmen Strassenbelag. Von der Kreuzung Kreuzstrasse bis zur Bushaltestelle Hohfluh. Die angedachte Verkehrsberuhigung hat Lärmschutzgründe. Viele Wohnhäuser sind sehr nahe an die Strasse gebaut. Zudem befinden sich Schule, Kindergarten und Krippe in diesem Bereich. Die Strasse ist kurvig und unübersichtlich.

Tempo 30 ist dabei nur eine von mehreren angedachten Massnahmen. Das «Betriebs- und Gestaltungskonzept Rosenbergstrasse» sieht unter anderem auch die Aufhebung von Parkfeldern, beidseitige Velowege und neue Sitzmöglichkeiten vor. All diese Massnahmen seien jedoch noch nicht definitiv, wie der Neuhauser Gemeindepräsident Felix Tenger (FDP) sagt. Abhängig sei deren Umsetzung unter anderem von der Rückmeldung des Bundes, auf die man derzeit warte. Teile des Betriebs- und Gestaltungskonzepts wurden als Agglomerationsprojekt eingereicht, Neuhausen erhofft sich Zuschüsse.

Tempo 30 auf der Rosenbergstrasse würde dabei nicht nur den Individualverkehr, sondern auch den öffentlichen Verkehr der Linie 7 ausbremsen. Und dieser hat keinen grossen Spielraum, wie VBSH-Mediensprecher Christoph Wahrenberger sagt. Vor allem während der Hauptverkehrszeiten frühmorgens und abends, wo 10-Minuten-Takt herrscht, gebe es wenig zeitliche Reserve. Die VBSH gehen dennoch davon aus, den Fahrzeitverlust durch die Tempo-30-Strecke auf der Rosenbergstrasse gerade noch auffangen zu können. Allerdings müsste dieser über den Bahnhof Schaffhausen kompensiert werden. Das hätte eine frühere Abfahrt und somit unschöne Fahrplanabweichungen zur Folge, so Wahrenberger. «Die Anschlüsse am Bahnhof Schaffhausen zwischen den Buslinien verschlechtern sich.» Alternativ müsste während dem 10-Minuten-Takt zu Hauptverkehrszeiten ein zusätzli-



Kommt auf der Rosenbergstrasse Tempo 30, wird auch der Bus ausgebremst.

ARCHIVBILD/MELANIE DUCHENE

ches Fahrzeug plus Chauffeur oder Chauffeurin eingesetzt werden. Das allein würde Kosten von 138 000 Franken pro Jahr verursachen. Ebenfalls möglich wäre die Einführung eines durchgängigen 15-Minuten-Takts.

### Mögliche 30er-Zonen in der Stadt

Sollte es auf weiteren Strecken der Linie 7 zu Tempo-30-Abschnitten kommen, hätte dies jedoch grössere Auswirkungen: Dann müsste den ganzen Tag ein zusätzliches Fahrzeug plus Fahrpersonal eingesetzt werden, so Wahrenberger. Das führe zu wiederkehrenden Mehrkosten von mindestens 600 000 Franken pro Jahr. Bezahlen müssten diese die Besteller der Linie 7, also die Gemeinde Neuhausen und die Stadt Schaffhausen. Für Wahrenberger ist klar: Der öffentliche Verkehr würde mit den Tempo-30-Abschnitten so oder so unattraktiver. «Wenn wir nur noch als Tuckerbähnli unterwegs sind, werden sich die Leute zweimal überlegen, ob sie nicht lieber das Velo nehmen.»

Mögliche weitere Tempo-30-Strecken auf der Linie 7 sind in der Stadt Schaffhausen im Gespräch: auf der Stokarbergstrasse

«Ebenfalls möglich wäre die Einführung eines durchgängigen 15-Minuten-Takts.»

und der Sonnenburggutstrasse. Für eine Temporeduktion sprächen hier ähnliche Argumente wie auf der angrenzenden Rosenbergstrasse, wie die städtische Baureferentin Katrin Bernath (GLP) sagt: «Der Strassenraum würde so für alle Verkehrsteilnehmer attraktiver, auch für alle, die zu Fuss oder mit dem Velo unterwegs sind.» Zudem sei auch die Stadt Schaffhausen dazu verpflichtet, Massnahmen gegen den Strassenlärm zu ergreifen, wenn die gesetzlichen Grenzwerte überschritten seien. Auch befänden sich Schulwege in der Nähe.

Ebenfalls zur Diskussion steht eine Tempo-30-Zone auf der Randenstrasse sowie auf der Steigstrasse. Pro Velo fordert in einer Petition auf mehreren Strassen in Schaffhausen die Herabsetzung des Tempolimits von 50 auf 30 Stundenkilometer, die oben genannten zählen dazu. Die Petition ist noch hängig. Pro Velo hat im Zuge der Petition selbst eine ausführliche Analyse zu den Auswirkungen auf die Umlaufzeiten der Linienbusse erstellt. Der Verein kommt dabei zu weniger Zeitverzögerungen als die VBSH und zieht unter anderem folgendes Fazit: «Eine durch die Fahrgäste

merkbare Fahrzeitverlängerung entsteht nicht.»

### Stadt: Abklärungen im Gange

Die Fahrzeiten auf der Linie 7 ebenfalls noch analysieren wird Tiefbau Schaffhausen, der das Projekt Stokarbergstrasse und Sonnenburggutstrasse im Auftrag der Stadt plant. Die bisherigen Abklärungen würden darauf hinweisen, dass die Fahrzeitverlängerung durch Zeiteinsparungen an anderen Orten kompensiert werden kann. Vertiefte Abklärungen seien im Gange, entschieden sei dazu daher noch nichts, sagt Baureferentin Katrin Bernath. Dasselbe gelte für die Randenstrasse und die Steigstrasse. Der Stadtrat werde im Rahmen der Antwort zur Petition das weitere Vorgehen aufzeigen.

Die VBSH betonen, dass es bei der Umsetzung von Tempo 30 auf der Linie 7 oder anderen Busrouten keine Alleingänge geben darf. Gemäss Stadtrat Preisig ist ein gesamtheitliches und mit allen Bestellern – Schaffhausen, Neuhausen, Kanton – abgesprochenes Vorgehen notwendig. Nur so könne sichergestellt werden, dass keine unerwarteten Kosten entstehen.

## Auch ohne Energiegesetz: Auf dem Chroobach geht was

Bis erneuerbare Energien gefördert werden können, kann viel Zeit vergehen, wie sich am Beispiel Chroobach zeigt. Einfachere Prozesse sollen helfen, aber der Kanton missbilligt den Vorschlag des Bundes.

Dario Muffler

Ende 2015 war klar, dass der Chroobach als Standort für Windräder geeignet wäre. Heute, sieben Jahre später, sind weder Bagger geschweige denn Windräder zu sehen im oberen Kantonsteil Schaffhausens. Und es dürfte nochmals Jahre dau-

ern, bis es Windräder gibt. Um in Zukunft so langwierige Projekte zu verhindern, will der Bund das Energiegesetz anpassen. Unter anderem hätten die Gemeinden kein Beschwerderecht mehr bei diesem Richtplanverfahren. In Hemishofen wäre der Widerstand also gebrochen. Müsste da der Schaffhauser Baudirektor Martin Kessler nicht jubeln?

Kessler schreibt, dass er und die Schaffhauser Regierung sich genauso wie der Bund eine Beschleunigung der Verfahren wünschen würden. Aber: «Wir befürchten, dass sehr viel Zeit ins Land zieht, bis nur mal die Gesetzgebung unter Dach und Fach ist, dann müssen die ganzen Prozesse definiert werden

und schliesslich müssen diese bestimmt werden.» Das alles werde Jahre dauern und dadurch den Prozess beim Chroobach möglicherweise noch mehr verzögern. «Dieser ist zwar langsam, aber verläuft in geordneten, abschätzbaren Bahnen.» Deshalb lehnt die Regierung die Änderung des Energiegesetzes auch ab. Das schreibt sie in ihrer Antwort für die Vernehmlassung, die gestern endete.

Die Schaffhauser Regierung schreibt, dass mit bestehenden Instrumenten die Verfahren optimiert werden können. Zudem steht im Kantonsrat eine Diskussion über kantonale Sonderzonen für erneuerbare Energien bevor. Diese fordert eine hängige Motion. «Wichtiger wäre

es, wenn die Hemishofer erkennen würden, welche grosse Chance sie mit dem Windprojekt Chroobach bekommen und was für einen wichtigen und relevanten Beitrag sie leisten können, um die regionale Stromversorgung unabhängiger und nachhaltiger zu gestalten», so Kessler.

### Gemeinsame Gespräche geplant

Zuletzt machte der Chroobach Schlagzeilen, weil die Gemeinde Hemishofen an ihrer Gemeindeversammlung den Kredit für die Umsetzung der Zonenplanrevision gestrichen hatte. Diese Revision ist nötig, damit der Windpark gebaut werden kann. Auf die Bericht-

erstattung hin schrieb die Regierung einen Brief an den Hemishofer Gemeinderat, um sich zu erkundigen, ob dieser willens sei, die von Bund und Kanton beschlossene Revision umzusetzen – sollte dies nicht geschehen, müsse die Regierung Zwang anwenden. Dies störte SVP-Kantonsrat Josef Würms, weshalb er sich an die Regierung wandte. Aus der Antwort auf seine Kleine Anfrage geht nun hervor, dass die Regierung und der Gemeinderat im Juli ein Gespräch anberaumen wollen, um gemeinsam einen Zeitplan für die Teilrevision auszuarbeiten. Deshalb sei es auch nicht nötig, den Gemeinderat in diesem Geschäft zu entmachten.